

# Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:  
3,40 DM einschließlich Zustellgebühren  
Postbezug: 3.— DM ausgl. Zustellgebühren  
Bestellungen  
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:  
Grundpreis . . . . . 0,15 DM  
Anm. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM  
Stellengefühe . . . . . 0,10 DM  
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 137

Halver, Mittwoch, 17. Juni 1953

1953

Von höherer Stelle befohlen?

## Demonstrationen in Ost-Berlin

Erregte Bauarbeiter: „Wir sind keine Sklaven!“ - SED-Politbüro widerruft Normenerhöhung - Vopo greift nicht ein

gk. Berlin, 16. Juni

Unter dem Eindruck stundenlanger Demonstrationen von tausend Bauarbeitern volkseigener Betriebe in dem Regierungsviertel Ostberlins gegen die erhöhten Arbeitsnormen im sowjetisch besetzten Gebiet beschloß das SED-Politbüro am Dienstag, daß die Erhöhung der Normen künftig nur noch auf der Basis der völligen Freiwilligkeit durchgeführt werden soll. Das SED-Politbüro hob die vor kurzem von den ostzonalen Ministerien angeordnete obligatorische Normenerhöhung auf.

Streikende Arbeiter zogen von ihren Baustellen in der Stalin-Allee (früher Frankfurter Allee) über den Alexanderplatz und die Straße Unter den Linden zum sowjetischen Regierungsviertel. Sie führten Transparente mit sich, auf denen die Senkung der Arbeitsnormen gefordert wurde. Zum erstenmal seit der Gründung der sogenannten DDR schritt die Volkspolizei nicht gegen die anti-kommunistischen Demonstrationen ein, so daß die Vermutung nahelegt, der Demonstrationszug sei von höherer Stelle befohlen worden. Ihm schlossen sich zahlreiche Ostberliner an, die die inszenierte Kundgebung in eine echte Demonstration gegen die Sowjetzonenregierung verwandelten und vor dem „Haus der Ministerien“ in der Leipziger Straße nicht nur in Sprechchören die Senkung der Arbeitsnormen und der HO-Preise forderten — „Wir sind Arbeiter und keine Sklaven!“ riefen sie —, sondern auch gegen die Zustände

in der Ostzone protestierten und die Durchführung freier Wahlen forderten.

Die Funktionäre in den Gebäuden, an denen die Arbeiter vorbeizogen, betrachteten die Demonstration mit großem Erstaunen. Die Straßenpassanten schlossen sich dem Zug, der in breiter ungeordneter Formation über die ganze Straße ging, nur zögernd an. Die SED schickte einige Zeit nach Beginn der Demonstrationen linientreue kommunistische Agitatoren zu den demonstrierenden Arbeitern, um Schärfe in der Diskussion zu vermeiden.

Am Fenster des „Hauses der Ministerien“ zeigten sich die Minister Selbmann und Rau. Selbmann versuchte die Demonstranten zu beschwichtigen. Sofort schallte ihm jedoch die For-

derung entgegen: „Ulbricht oder Grotewohl soll sprechen!“ Schließlich bestieg Selbmann einen Tisch vor dem Gebäude und erklärte, er sei „auch nur ein Arbeiter“, worauf die Antwort erscholl: „Das hast du aber vergessen!“ Dann gab Selbmann zu: „Die Normenerhöhung für die Bauarbeiter in der Stalin-Allee ist ungerecht.“ Die Menge gab sich damit jedoch nicht zufrieden. „Wir sind gegen alle Normenerhöhungen, nicht nur gegen die in der Stalin-Allee.“ Die erregte Diskussion zwischen dem Minister und den Arbeitern dauerte eine halbe Stunde. Selbmann wurde wiederholt zum Abtreten aufgefordert. Auch die Drohung „Generalstreik“ fiel.

Später fuhren Lautsprecherwagen auf, die die Absetzung der Normenerhöhung bekanntgaben. Die Mitteilung wurde von der Masse mit Gelächern und mit dem Ruf quittiert: „Grotewohl und Ulbricht sollen abtreten!“ Da die Volkspolizei auch bei dieser handfesten Forderung nicht eingriff, glauben Westberliner politische Beobachter, daß selbst diese Forderung im Sinne der sowjetischen Politik liegt.

## Kaiser: „Wir wissen Euren Mut zu würdigen“

Der Ursprung der Demonstration ist, wie dpa erfährt, nach der Darstellung der Demonstranten in der Unzufriedenheit der Bauarbeiter, einer teilweise nicht rechtzeitigen Auszahlung von Löhnen und der vorübergehenden Festnahme von Arbeitern zu sehen, die bei einem Ausstand im Ostberliner Bauabschnitt Friedrichshain von der Volkspolizei arretiert waren.

Die Bauarbeiter beschlossen daraufhin, die Arbeit abzubrechen und „zu marschieren“. Erste Schlichtungsverhandlungen am Dienstagvormittag zwischen dem FDGB und den Vertretern der

Bauarbeiter blieben erfolglos. Die Bekanntgabe der Aufhebung der Zwangsarbeitsnormen kam zu spät.

Einzelne Fahrzeuge mit Volkspolizei, gelegentlich auch ein Jeep mit sowjetischen Offizieren

## Gellendes Pfeifkonzert vor Funktionärswohnungen

Neue Anti-SED-Demonstration in der Stalin-Allee — Volkspolizei sieht tatenlos zu

dpa. Berlin, 17. Juni

Hunderte von Ostberliner Jungarbeitern, begleitet von älteren Kollegen, Frauen und anderen Ostberliner Einwohnern, veranstalteten am Dienstagabend nochmals eine Anti-SED-Demonstration in der Stalin-Allee. Nachdem sie sich in der Nähe der Warschauer Brücke formiert hatten, zogen sie unter immer wiederkehrenden Sprechchören wie „Nieder mit der SED! Wir wollen freie Wahlen!“ und „Die HO macht uns ko“ zur Stalin-Allee. Auf ihrem Wege rissen sie teilweise kommunistische Transparente und Plakate ab, zertrümmerten Embleme der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft und warfen sie über eine Mauer.

An der Stalin-Allee war der Zug der Demonstranten zu einer etwa tausendköpfigen Menge angeschwollen. Mit gellendem Pfeifkonzert, Pfuirufen und geballten Fäusten begrüßten sie die an den Fenstern in den Funktionärshäusern herausgehenden Funktionäre. Als diese beim Herannahen der Demonstranten vereinzelt demonstrier-

## In letzter Minute

Ministerialdirektor Blankenhorn flog am Dienstagabend wieder nach Bonn zurück. Während seines zweitägigen Aufenthaltes in London hatte er Unterredungen mit Staatsminister Selwyn Lloyd und Staatssekretär Roberts.

Auf einer Sondersitzung des Parteiverbandes der SPD in Bonn wurde am Dienstagabend über die Lage in Berlin und in der Sowjetzone beraten. An der Sondersitzung haben auch führende Funktionäre der Berliner SPD teilgenommen.

Bei einer Kohlenstaubexplosion in einer Brikettfabrik bei Bergheim im Regierungsbezirk Köln erlitten am Dienstagabend acht Arbeiter schwere Verbrennungen, drei von ihnen befinden sich in Lebensgefahr. Vier weitere Arbeiter wurden leichter verletzt.

und Soldaten, die während der Demonstration durch die Stalin-Allee fuhren, wurden mit Schmärfen empfangen. Fotografen wurde teilweise der Film aus dem Apparat gezogen, offenbar, um spätere Nachforschungen der Sowjetzonenbehörden nach den Teilnehmern zu erschweren.

Am Abend wurde in ganz Berlin auch die Stellungnahme des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Kaiser, bekannt, in der es hieß: „Ich brauche nicht zu betonen, daß sich jeder in der Bundesrepublik und in der freien Welt mit Euch in Solidarität verbunden weiß. Wir wissen den Sinn und den Mut Eurer Demonstrationen zu würdigen, bitten Euch aber im Vertrauen auf unsere Solidarität, Besonnenheit zu wahren. Die grundlegende Aenderung Eures Daseins kann und wird nur durch die Wiederherstellung der deutschen Einheit und Freiheit erreicht werden.“

## Vorbereitungen zur Hinrichtung der Rosenbergs

Polen will Rosenbergs aufnehmen — Herriot plädiert für Begnadigung

dmt. Washington, 16. Juni

Im Zuchthaus Sing-Sing wurden am Dienstag die Vorbereitungen zur Hinrichtung des Ehepaares Rosenberg getroffen, die für schuldig befunden wurden, Atomspionage getrieben zu haben. Am Donnerstag sollten sie auf dem elektrischen Stuhl sterben.

Die zum Tode Verurteilten hörten im Radio, daß der Bundesgerichtshof ihren letzten Antrag auf einen Hinrichtungsaußschub abgelehnt hat. Die Rechtsanwälte der Rosenbergs setzten in Washington alles daran, um das Leben ihrer Kandidaten zu retten, die am Dienstag ein zweites Gnadengesuch an Eisenhower unterzeichneten. Den Verurteilten steht immer noch die Möglichkeit offen, ein Geständnis abzulegen und die Namen aller bei der Spionage Beteiligten zu nennen. Dies würde sie vor dem Tode bewahren. Die beiden 10. und 8-jährigen Söhne der Todeskandidaten besuchten ihre Eltern im Todeshaus von Sing-Sing.

Indessen laufen aus aller Welt Bitten um Begnadigung der Rosenbergs ein. Auch der Präsident der französischen Nationalversammlung, Herriot, hat sich in einem Telegramm an Präsident Eisenhower für die Begnadigung eingesetzt. In Brüssel wurde ein internationaler Juristen-Ausschuß gegründet, der sich mit der Überprüfung des Rosenberg-Prozesses befassen will. Polen hat sich in einer Note an den USA-Botschafter in Warschau zur Aufnahme der Rosenbergs bereit erklärt, falls das Ehepaar begnadigt und ihm die Ausreise gestattet wird. Ein Sprecher des USA-Außenministeriums bezeichnete diesen Vorschlag als „Unverschämtheit“ und „Propaganda-Akt“. Die Vereinigten Staaten würden darauf nicht antworten.

## Amerikas Speisekammer ist übertoll

Wo immer heute Regierungsprogramme entworfen werden, pflegt auch das Schlagwort der Produktionssteigerung zu ertönen. In europäischen und asiatischen Ländern bezieht es sich nicht zuletzt auch auf die Landwirtschaft, durch die die Ernährung der Bevölkerung möglichst weitgehend von Einfuhren unabhängig gemacht werden soll.

Ganz anderer Art hingegen sind die Sorgen, die den Ernährungsminister der Vereinigten Staaten heute bedrücken. Dort ist es der Überfluß, der ihm schlaflose Nächte bereitet! Amerika droht in Weizen und Mais zu ertrinken, in Bergen von Butter zu ersticken, in einer Wüste von Trockenmilch zu verdursten und unter der Last von Kartoffeln zusammenzubrechen. Um dem Farmer ein gewisses Einkommen zu sichern und ihn vor Preisstürzen zu bewahren, haben die USA ein Preisstützungssystem entwickelt, bei dem der Staat als Aufkäufer all jener Mengen auftritt, die am freien Markt nicht oder nur zu unrentablen Preisen abzusetzen wären. Die Folge davon ist, daß sich in den Händen des Staates immer größere Vorräte ansammeln, schließlich bis zu dem Grade, daß einfach kein Raum zur Lagerung mehr da ist. Und dieser Punkt ist nun bald erreicht.

Amerikas Speisekammer ist bis zum Bersten gefüllt! Allein der Weizenvorrat beträgt 500 Millionen Bushel mit einem Wert von rund 1,3 Milliarden Dollar. Die Lagerbestände in Mais sind etwa halb so hoch. Beamte des Landwirtschaftsministeriums suchen schon verzweifelt im Lande nach Lagerraum für die Zeit, wenn die neue Ernte hereinkommt. So wird der „alte“ Weizen teil-

weise auf die „eingemotteten“, d. h. vorübergehend stillgelegten Schiffe verfrachtet, die auf dem Hudson festgemacht sind, um dem „neuen“ Weizen in den Lagerhäusern Platz zu machen. Die fruchtbare Erde gibt, was sie kann, und unerbittlich schiebt sich Waggon für Waggon der Nachschub in die Speicher der Regierung.

Hier könnte, so sagen die Zyniker, nur noch eine gewaltige Mißernte helfen. Aber eine wirkliche Hilfe wäre auch sie natürlich nicht, weil sie für die Farmer ruinös wirken müßte. So bleibt nur noch die Wahl, entweder die Preise wie bisher künstlich hoch zu halten und die Farmer zur Produktionseinschränkung zu zwingen oder die Preise durch Angebot und Nachfrage auspendeln, d. h. aber absacken zu lassen. Beides aber würde den Farmer, der so oder so den Schaden zu tragen hätte, gegen die Regierung aufbringen.

Schon hat es unter ihnen einen Sturm der Empörung gegeben, als der Landwirtschaftsminister erklärte, die Preisstützung sollte eine „Katastrophen-Versicherung“ sein und nicht unwirtschaftliche Überproduktion und Subsidien ermutigen. Dadurch, daß die nächsten Parlamentswahlen wieder ihre Schatten vorauswerfen, bei denen die Farmer ausschlaggebend werden könnten, werden die Kopfschmerzen auch nicht geringer, die die unerwünschte Fruchtbarkeit des Landes der Regierung bereitet.

So hat jede Regierung ihre eigenen Kopfschmerzen, auch wenn sie in Amerika ganz andere Ursachen haben als etwa in Pakistan oder Indien. T. G.

## Sondersitzung für Abgeordnete Ostberlins

Der Präsident des Berliner Abgeordneten-Hauses, Dr. Suhr, hat die Abgeordneten des Sowjetsektors für Donnerstag zu einer Sitzung eingeladen, in der die Lage Ostberlins erörtert werden soll. An den Besprechungen werden auch die Fraktionsvorsitzenden und die Mitglieder des Ältestenrates teilnehmen.

## Semjonow isoliert Ulbricht

gk. Berlin, 17. Juni

Leitende SED-Funktionäre sind über die verbindliche Haltung des neuen sowjetischen Hohen Kommissars Semjonow gegenüber den sogenannten bürgerlichen Parteien bestürzt. So hat Semjonow, wie jetzt bekanntgegeben wird, den LDP-Vorstand empfangen und sich über die Aufgaben berichten lassen, die sich die LDP bei der „Lösung der nationalen Probleme“ gestellt hat. Außerdem wird davon gesprochen, daß der ostzonale Finanzminister und LDP-Vorsitzende Loch, der als unbedingter Anhänger Ulbrichts gilt, in Kürze abgerufen werden soll. Professor Kastner, der von Loch verdrängte ehemalige Vorsitzende der LDP, wird als Nachfolger genannt. Er hatte bereits eine dreistündige Unterredung mit Semjonow.

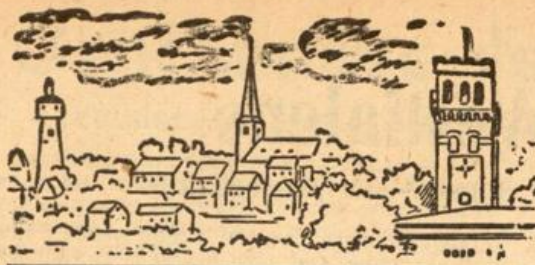
## Dulles: Ein Spaltungsversuch

dmt. Washington, 16. Juni

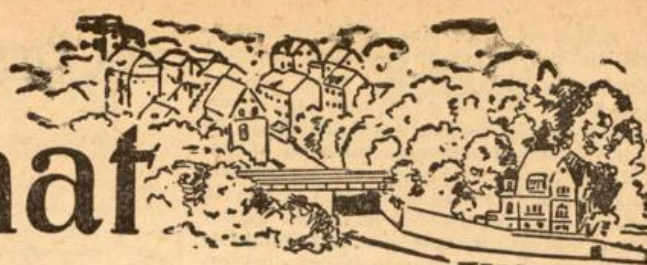
Auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz vertrat der amerikanische Außenminister Dulles die Ansicht, die in letzter Zeit getroffenen verständlichen Maßnahmen der Verständigung seien eher als Versuch zur Spaltung der Westmächte zu betrachten als eine grundlegende Aenderung der sowjetischen Politik.



Werden sie morgen hingerichtet?  
Unser Bild zeigt Julius und Ethel Rosenberg nach einem Verhör beim Verlassen des Gerichtsgebäudes.  
(Bild: dpa)



# Seite der Heimat



Halver, 17. Juni 1953

## Vor einer Wanderung

Du,  
der die Sonne läßt aufgehen  
und Wälder blühen  
grüne Saaten reifen,  
der Wind und Vögel  
gab die Lust  
zu singen  
und den Bächen,  
daß sie rauschend  
säumen  
meinen Wanderweg.

Du,  
der mich diese Nacht  
behütete  
und unterm Sternenzelt  
mir Schlaf und Kraft  
zu neuem Wandern gab,  
laß mich auch heute  
alle Schönheit deiner Schöpfung  
schauen  
und segne meinen Wandertag.

Richard Althaus

## Halver

### Arbeitstagung der Betriebsräte

Im Jugendheim auf der Karlshöhe fand eine Arbeitstagung der Halverschen Betriebsräte statt. Das Betriebsverfassungsgesetz und die darin vorgesehenen Wirtschaftsausschüsse standen auf dem Programm der Tagesordnung. Referent hierzu war Arbeitsdirektor Willi Bürger, der vor allem die verschiedenartige Aufgabenstellung von Betriebsrat und Wirtschaftsausschuß behandelte.

### Morgen wieder Gerichtstag

Für den laufenden Monat findet der Gerichtstag am morgigen Donnerstag statt. Er wird wieder im Sitzungssaal des Amtshauses durchgeführt und beginnt wie stets pünktlich um 8.30 Uhr.

### Die Heimatzeitung gratuliert

Ihr 72. Lebensjahr vollendend am morgigen Donnerstag Frau Fritz Berker, Klara geb. Gutberlet, Oberherweg. Die besten Wünsche für den weiteren Lebensweg entbietet die Heimatzeitung.

## Schwenke

8 Vereine beim Pokal-Turnier des TV Ennepe Am kommenden Sonntag startet der TV Ennepe auf dem Sportplatz Friedrichshöhe ein Pokal-Turnier, an dem 8 namhafte Vereine teilnehmen. Das Turnier findet den ganzen Sonntag über statt. Neben einem schmackhaften Mittagessen gibt es auch Getränke auf dem Sportplatz. Gegen 18 Uhr ist im Lokal Lüttringhaus die Siegerehrung vorgesehen mit anschließendem Zusammensein.

### Eine Ehrenkrone ist das Alter

Am Donnerstag begeht Gustav Ebbinghaus, Eschen, seinen 81. Geburtstag. Die Heimatzeitung gratuliert!

## Oberbrügge/Ehringhausen

### „Krach um Jolanthe“

Auch in dieser Spielzeit hatten wir wieder Gelegenheit, mehrere gute Aufführungen des Theatervereins mitzuerleben. Denken wir nur an die Wiedergabe der „Gudrun“ und „Soviel Erde braucht der Mensch“. Nun beabsichtigt man, die Spielzeit mit einer Lustspiel am 5. Juli ausklingen zu lassen. Dazu hat man sich das heitere Bauernspiel „Krach um Jolanthe“ ausgesucht. Die tragenden Rollen liegen auch jetzt wieder bei Emil Kubiczek, Günter Riedel und Ilse Rittinghaus in den bewährten guten Händen.

### Rückführung in die Wege geleitet

Aus einer Anstalt bei Bielefeld war kürzlich ein weiblicher Fürsorgezögling aus Oberbrügge entwichen. Fürsorgebeamte des Amtes Halver fanden das Mädchen in der elterlichen Wohnung vor und leiteten seine Rückführung in die Anstalt in die Wege.

## Der Kampf gegen das Investitionshilfegesetz

Ein Rechtsgutachten von Prof. Forsthoß weist die Verletzung von vier Artikeln des Grundgesetzes nach

Der Verband der weiterverarbeitenden Industrie in Lüdenscheid hat als erste Organisation den Kampf gegen das Investitionshilfegesetz (IHG) aufgenommen und Verfassungsschwerde gegen das Gesetz beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht, um feststellen zu lassen, daß das Gesetz verfassungswidrig ist. Der Einreichung der Verfassungsschwerde war eine sorgfältige Prüfung der gesamten Materie und der Rechtslage durch Einholen von Gutachten bekannter Staatsrechtler vorangegangen, die ebenfalls zu dem Ergebnis gekommen waren, daß das IHG in wesentlichen Punkten gegen grundlegende Bestimmungen des Grundgesetzes verstößt und deshalb verfassungswidrig sei.

Zum Teil waren allerdings in diesen Gutachten nur Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zum Ausdruck gebracht worden. Nachdem noch weitere Verbände und Personengruppen sich entschlossen hatten, mit gleicher oder ähnlicher Begründung Verfassungsschwerde gegen das IHG einzureichen, hat der Verband der weiterverarbeitenden Industrie nochmals ein Rechtsgutachten des bekannten Heidelberger Staatsrechtlers Prof. Dr. Forsthoß erbeten, das inzwischen vorliegt und das ebenfalls überzeugend zu dem Ergebnis kommt, daß die Verfassungsschwerde zulässig ist und daß das IHG als Abgabengesetz in verschiedener Hinsicht gegen das Bonner Grundgesetz verstößt,

weil es u. a. eine im Grundgesetz nicht vorgesehene Abgabe enthält, weil es den Betroffenen eine Zwangsanleihe eigener Art auferlegt und weil es den Etatisierungszwang verletzt.

Das Gutachten kommt ferner zu dem Ergebnis, daß das IHG folgende Grundrechte verletzt:

das Gleichheitsgebot des Art. 3 Abs. 1 GG, als Maßnahme verlagernder Lenkung und als rückwirkendes Steuergesetz das Recht der freien Persönlichkeitsentfaltung des Art. 2 Abs. 1 GG,

das Recht der Koalitionsfreiheit des Art. 9 Abs. 1 GG, die Gewährleistung des Privateigentums in Art. 14 Abs. 1 GG.

Die Verletzung der Grundrechte wird eingehend begründet.

### Sonderbelastung — ein Willkürakt

Das Gutachten kommt zu dem Schluß, daß die IH eine Sonderbelastung eines Teiles der gewerblichen Wirtschaft darstellt und sich somit

als ein mit Art. 3 GG nicht zu vereinbarendes Willkürakt kennzeichnet. Ein solcher liegt noch darin, daß die Engpaßindustrie weiterverarbeitende Werksabteilungen oder Betriebe unterhält, welche mit den aufbringungspflichtigen Unternehmen im Wettbewerb stehen, wodurch es sich die weiterverarbeitende Industrie trotz eines später erscheinenden Aenderungsgesetzes praktisch als eine Finanzierung von Konkurrenzbetrieben auswirkt.

Wenn auch jeder beliebige Kreis von Staatsbürgern freiwillig Leistungen für erlaubte Zwecke aufbringen kann, so ist die Auferlegung einer gesetzlichen Verpflichtung jedoch dieser Beliebigkeit entzogen. Die Preise für Kohle und Eisen wirken sich letzten Endes bis hin zum Endverbraucher aus. Wenn die Preise bestimmter Engpaßindustrien unteretzt waren, so hat daraus jeder Verbraucher von Kohle bis zum Hausbrand hin und jeder Abnehmer von Eisenerzeugnissen seinen Nutzen gezogen. Deshalb ist nicht einzusehen, warum gerade ein bestimmter Ausschnitt aus der gewerblichen Wirtschaft zur IH herangezogen wird. Das IHG ist deshalb mit dem Gleichheitsgebot des Art. 3 GG nicht vereinbar.

Eine Kapitallenkungsmaßnahme, wie sie das IHG vorsieht, wäre zulässig, wenn die mit ihr verbundenen Eingriffe in das Vermögen und die Freiheit der geschäftlichen Dispositionen der Betroffenen mit der Verfassung vereinbar sind. Das würde der Fall sein, wenn das Grundgesetz eine Bestimmung enthielte, daß jeder Teil des von ihm umfaßten Sozialorganismus für jeden anderen Teil unmittelbar einzustehen hätte. Das trifft aber nicht zu. Diese Kapitallenkungsmaßnahme des IHG widerspricht deshalb ebenfalls dem Grundgesetz.

## Eine schöne neue Einrichtung

### Jung-Halver lernt begeistert schwimmen

Gestern waren es 70 Teilnehmer — In Kürze läuft zweiter Lehrgang an

Jeden Dienstag und Freitag geht es jetzt in unserem Strandbad Herpine hoch her: Jung-Halver, soweit es des Schwimmens noch nicht kundig ist, gibt sich hier ein Stelldichein. Seit der vorigen Woche, als der Lehrgang für Nichtschwimmer begann, ist es so, und am gestrigen Dienstag zählte man bereits nicht weniger als 70 jugendliche Kursusteilnehmer.

Es ist eine schöne neue Einrichtung, die Bademeister Stahlschmidt in diesem Jahre mit Unterstützung der Gemeindeväter und verschiedener Hilfskräfte eingeführt hat. Die zum Unterricht benötigten Gerätschaften stellte die Ge-

meinde zur Verfügung. Bei der über Erwartungen starker Beteiligung soll in aller Kürze noch ein zweiter Lehrgang abgehalten werden.

Auch unsere Schulen haben den Gedanken des kostenlosen Schwimmunterrichtes in unserem Strandbad gern und mit Freuden aufgegriffen und unterstützen ihn in jeder Weise, ist es doch ein Erfordernis unserer Zeit, daß jedermann, ob Mädchen oder Knabe, so frühzeitig wie möglich des Schwimmens kundig wird, damit der nasse Tod immer weniger Opfer fordert. In diesem Sinne begrüßen auch wir den angelaufenen Kursus und die starke Beteiligung.

### Wieder „Tag des deutschen Liedes“

Der Präsident des Deutschen Sängerbundes, Oberstudiendirektor Anton Pesch, wendet sich in einem Aufruf an die dem DSB angeschlossenen Chöre in der Bundesrepublik mit der Aufforderung, wieder den traditionellen „Deutschen Liedertag“ am letzten Sonntag des Monats Juni (28. Juni) zu begehen.

Seit mehr als 20 Jahren besteht die Einrichtung des Liedertages, der aus kleinen Anfängen heraus sich zu einer viel beachteten Institution entwickelt hat. In seinem Aufruf erklärt Präsident Pesch: „In unserer volksfeindlichen Zeit ist der Liedertag von großer Bedeutung. Das Volkslied ist durch die Mechanisierung der Kunst und nicht zuletzt durch die pausenlose Propagierung des Schlagers in den Hintergrund getreten und droht dem Volke ganz verloren zu gehen. Damit wäre aber ein Grundpfeiler jeglicher Musikausbildung der Vergessenheit anheimgegeben. Dies

nach Kräften zu verhindern, sind auch die Chöre berufen. Keine Stadt, kein Dorf sollte es geben, in dem nicht am Tage des deutschen Liedes das Volkslied zum Himmel klingt.“

Der Präsident des DSB fordert die deutschen Chöre auf, auch in diesem Jahre sich in den Dienst der guten Sache zu stellen und in der breitesten Öffentlichkeit für das Volkslied einzutreten. Wo ein einzelner Chor zahlenmäßig zu schwach ist, sollen sich mehrere zusammenschließen.

### Einbruch in Koalitionsfreiheit und Privateigentum

Das IHG sieht vor, daß den Aufbringungspflichtigen Wertpapiere der aus IH-Mitteln beteiligten Unternehmen gegen ihren Willen zugeteilt werden. Die Aufbringungspflichtigen werden damit zwangsweise zu Aktionären und damit in eine mitgliedschaftliche Beziehung zu der Aktiengesellschaft versetzt, welche die Aktien gegeben hat. Die im Grundgesetz zum Ausdruck gebrachte Vereinigungsfreiheit schließt aber auch die sogenannte negative Koalitionsfreiheit in sich. Der Art. 9 GG gewährleistet jedem Deutschen das Recht, Vereinigungen beizutreten, aber auch Vereinigungen fernzubleiben. Er schützt also jeden Deutschen auch vor der Zwangsmemberschaft jeder Art. Deshalb kommt das Gutachten zu der Folgerung, daß die Zwangszuteilung von Aktien mit Art. 9 GG nicht vereinbar ist und die einschlägigen Vorschriften des IHG (§ 32) unwirksam sind.

Bei dem IHG handelt es sich weiterhin um einen verfassungswidrigen Einbruch in die durch das GG geschützte Privateigentumssphäre. Das Eigentum und die damit verbundene Vermögensgarantie umfaßt auch die liquiden Mittel, über die ein Gewerbebetrieb verfügt. Ein Eingriff in diese Liquidität durch Auferlegung einer Abgabe auf Grund eines rechtswirksamen Gesetzes verletzt deshalb die Gewährleistung des Privateigentums (Art. 14 GG).

### Auswirkungen bei festgestellter Rechtswidrigkeit

In dem Gutachten sind abschließende Betrachtungen darüber angestellt, welche Auswirkungen eintreten bei einem der Beschwerde stattgebenden Urteil. Prof. Forsthoß kommt zu dem Ergebnis, daß, wenn das IHG für nichtig erklärt wird, auch die im Aufbringungsverfahren ergangenen Entscheidungen unwirksam sind und den Aufbringungspflichtigen Bereicherungsansprüche nach Maßgabe der §§ 812 ff BGB gegen das Sondervermögen zustehen. Dabei ist jedoch von Interesse, daß selbst bei erfolgreicher Klage auf Grund des § 79 BVGG nur diejenigen Ansprüche auf Rückerstattung haben, die ihre Veranlagung oder Heranziehung zur IH nicht haben rechtskräftig werden lassen.

Es muß vielleicht damit gerechnet werden, daß das Bundesverfassungsgericht auch prüfen

(Fortsetzung nächste Seite)

## Schalksmühle

### Immer wieder beliebt

Die traditionelle Picknickfeier des TuS Linscheid-Heedfeld hat wieder ihre große Anziehungskraft bewiesen. Bis Sonntagabend herrschte ein edler Wettstreit an der Schießhalle; den 1. Preis errang Schulte, Schalksmühle, der nächstbeste Schütze war Kurt Cramer Reeswinkel. Aber auch die rollende Kugel beim Kegeln hatte viele Freunde; Weber, Rummenohl lag hier vorn, während Schütte, Klagebach den 2. Preis mitnehmen konnte. Bei dem starken Besuch — das Lokal war zeitweise überfüllt — darf man annehmen, daß ein fühlbarer Erlös — für die weitere Instandsetzung des neuen Sportplatzes — erzielt worden ist.

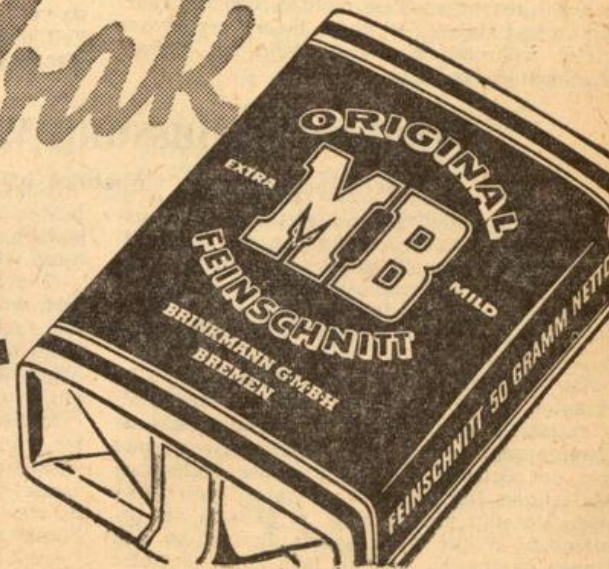
## Dahlebrück

### Platz an der Liet wird bebaut

Die Bewohnerschaft war stolz auf den schönen Festplatz in der Liet. Als noch kürzlich das große Festzelt aus Anlaß des Sängerfestes hier errichtet wurde, war die Bewunderung bei allen auswärtigen Besuchern über die ausgezeichnete Lage und Größe dieses Platzes groß. Jetzt aber soll er eine bauliche Veränderung erhalten. Wie verlautet, hat die Gemeinde Hülscheid diesen Platz käuflich erworben. Zunächst soll die Straße, die zum Ledigenheim führt, entlang der Eisenbahn und Volme laufen und dann an der Brücke in die alte Lage gebracht werden. Der größte Teil des Platzes an der Bergseite soll bebaut werden, neben Wohnungen sollen auch Geschäfte errichtet werden. Die Baulichkeiten sollen direkt am Berg errichtet werden, d. h. also direkt an der Schalksmühler Grenze.



BRINKMANN  
besten  
TABAK



07 04530

# Bonn zu den Ereignissen in Ostberlin

Weg zu freien Wahlen muß freigegeben werden — CDU-CSU: Alarmierendes Zeichen

dmt. Bonn, 16. Juni

In Bonner Regierungskreisen wurde zu den Ostberliner Demonstrationen erklärt, diese zeigten mit aller Deutlichkeit die Unhaltbarkeit der dortigen Zustände. Die jüngsten Vorgänge sollten die wirklichen Machthaber in der Sowjetzone veranlassen, den Weg zu freien Wahlen freizugeben, um dadurch einen wahrhaften und dauerhaften Frieden in Europa und der Welt zu ermöglichen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bezeichnete die Vorgänge als ein alarmierendes Zeichen für die Weltöffentlichkeit, daß die unterdrückten Deutschen in der Ostzone die Freiheit wollen. Es zeige sich jetzt, welche Verbitterung und innere Auflehnung im Untergrund überall in der Zone vorhanden seien, und daß das dortige Regime ohne jeden Rückhalt in der Bevölkerung sei.

Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer erklärte, es sei das erstmal, daß in der Sowjetzone eine solche spontane Massendemonstration abgehalten worden sei. Diese müsse gewertet werden als der Ausdruck der inneren Verfassung der mitteldeutschen Bevölkerung.

ihre Entscheidung vorerst aufgehoben, bis André Marie in seiner Investitur-Rede präzisere Angaben, vor allem in bezug auf seine Wirtschafts- und Sozialpolitik, gegeben haben wird.

André Marie fordert keine Sondervollmachten

Wie in den späten Dienstagabendstunden in Paris verlautete, beabsichtigt André Marie nicht, von der Nationalversammlung Sondervollmachten zu fordern. Dagegen tritt der neue Ministerpräsidentenkandidat für eine baldige und umfassende Regelung des Indochina-Problems sowie für eine abwartende Haltung in der Frage der EVG bis nach den Bundestagswahlen ein. André Marie soll den Vorsitzenden der parlamentarischen Fraktionen zugesichert haben, daß er neue Steuern nur im äußersten Notfall erheben wolle.

## André Marie übernimmt Regierungsbildung

Am Donnerstag vor der Nationalversammlung — Zahlreiche Vorbehalte

dmt. Paris, 16. Juni

Der Radikalsozialist André Marie teilte Präsident Auriol am Dienstagmittag mit, daß er den Auftrag zur Regierungsbildung übernehme. Die Aussichten André Maries, der sein Regierungsprogramm voraussichtlich am Donnerstag der Nationalversammlung vorlegen wird, werden in Paris zurückhaltend beurteilt, da verschiedene Parteien zu dem Programm bereits zahlreiche Vorbehalte gemacht haben.

Für André Marie haben sich bisher, außer seinen Parteifreunden, die unabhängigen Republikaner aus den überseeischen Gebieten Frankreichs sowie die Bauernpartei und die demokratisch-sozialistische Widerstands-Union ausgesprochen. Sie wollen dem neuen Kandidaten auf die Ministerpräsidentschaft ihr Vertrauen aussprechen. Die Volksrepublikaner dagegen haben

# Treffen de Gasperi-Churchill am 24. Juni

Triest-Frage wird auch erörtert

dmt. Rom, 16. Juni

In der italienischen Hauptstadt wurde am Dienstag bestätigt, daß Ministerpräsident de Gasperi, der am 22. Juni nach England reisen wird, wahrscheinlich am 24. Juni mit Premierminister Churchill zusammentrifft, um mit ihm Fragen der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit zu erörtern.

In Rom vertritt man die Ansicht, daß de Gasperi in der Triest-Frage die Unterstützung Großbritanniens zu erlangen suchen wird und als Gegenleistung dafür eine positive Haltung Italiens zu den außenpolitischen Plänen der Regierung Churchill zusagen wird.

De Gasperis England-Reise wird offiziell damit begründet, daß ihm die Universität Oxford den Titel eines Ehrendoktors der Staatswissenschaften verleihen will.

## SS-Gille klagt gegen NWDR

rb. Kiel, 16. August

Für 500 ehemalige Angehörige der Waffen-SS gab es am vergangenen Sonntag — wie ein Sprecher sich ausdrückte, — „nach altbewährter Art einen Schlag Erbsensuppe aus der Eintopfküche“. Im großen Saal des Ballhauses „Eichhof“ in Kiel hatten sich diese 500 ehemaligen Waffen-SS-Leute zu ihrer ersten Großversammlung in Schleswig-Holstein zusammengefunden. Sprecher war Obergruppenführer und General der Waffen-SS a. D. Gille.

Den Kern seiner Rede bildete die wiederholte vorgetragene Forderung der Waffen-SS, in versorgungsrechtlicher Hinsicht nicht als besonderer vierter Wehrmachtsteil angesehen zu werden, auf dem eine in Nürnberg festgestellte Kollektivschuld noch heute lastet.

Gille verwahrte sich gegen die unterschiedslose Diffamierung der Waffen-SS und erklärte, Naumann sei ihm erst durch seine Verhaftung überhaupt namentlich bekannt geworden. „Die Feststellung“, sagte Gille wörtlich, „ich sei Naumanns militärischer Berater gewesen, ist ein ausgesprochen Blödsinn“. Dann kündigte er an, daß seine Geduld gegenüber Verleumdungen zu Ende sei. Gegen den NWDR, der ihm Verbindungen zu Naumann nachgesagt habe, werde er einen Verleumdungsprozeß anstrengen. Zu Veröffentlichungen, daß ehemalige Waffen-SS-Angehörige für das EVG-Kontingent nicht berücksichtigt werden dürften, meinte Gille: „Wir drängen uns gar nicht in die Europa-Armee“. Die meisten Waffen-SS-Männer hätten gezeigt, daß sie auch im zivilen Leben ihren Mann stehen, und wo dies nicht erreicht sei, liege dies vorwiegend an der „ewigen Diffamierung“.

## Dr. Scheel und Zimmermann entlassen

dmt. Karlsruhe, 16. Juni

Der Zweite Strafsenat des Bundesgerichtshofes hob am Dienstag in mündlicher Verhandlung die Haftbefehle gegen den ehemaligen Reichssturmführer Dr. Scheel und den früheren SS-Brigadeführer Zimmermann auf.

Dr. Scheel und Zimmermann, die im Januar im Zusammenhang mit der Naumann-Affäre festgenommen worden waren, wurden aus der Untersuchungshaft entlassen. Demnach befinden sich nur noch zwei Angehörige des Naumann-Kreises, nämlich der frühere Staatssekretär im Reichspropaganda-Ministerium, Naumann, selbst, und Dr. Bornemann in Haft.



Und mit süßer Ruh im Herzen  
Geh ich hier durch Kampf und Leid.  
Ewige Ruh find ich droben  
In des Lammes Herrlichkeit.

Heute abend 20.45 Uhr entschlief nach langem  
Kriegsleiden, jedoch plötzlich und unerwartet,  
mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger-  
vater, Großvater, Schwager, Onkel und Vetter

**Bauer  
Wilhelm Scharwächter**

im 70. Lebensjahr.

In stiller Trauer:

Frau Wilhelm Scharwächter, Lydia geb. Turck  
Familie Walter Schulte  
Familie Hermann Scharwächter  
Familie Samuel Feckinghaus

Lingen, Post Carthausen, Halver und Kotten, den 16. Juni 1953.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, dem 19. Juni 1953,  
um 15.30 Uhr vom Trauerhause aus.

Trauerfeier eine halbe Stunde vorher.

Kranzspenden waren nicht im Sinne des Entschlafenen.



Heute morgen 3 Uhr entschlief plötzlich und unerwartet  
mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwieger-  
vater, Großvater, Schwager und Onkel

**Julius Grüterich**

im 68. Lebensjahr.

In tiefer Trauer:

Martha Grüterich geb. Beyer  
Paul Grüterich  
Emmi Grüterich geb. Lahme  
Willi Grüterich  
Hedwig Grüterich geb. Berker  
Else Kickermann geb. Grüterich  
Werner Kickermann  
und drei Enkelkinder

Halver, den 17. Juni 1953

Die Beerdigung findet statt am Sonnabend, dem 20. Juni 1953,  
nachmittags um 15.30 Uhr, vom Sterbehause, Eichholz 10, aus.  
Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Romane | Schulbücher  
Jugendschriften | Kochbücher

Buchhandlung Bell, Halver, Kirchstr. 5

## REGINA LICHTSPIELE HALVER

Mittwoch und  
Donnerstag 20 Uhr

Carsta Lück · Hans Nielsen  
Ursula Herking · Hub. v. Meyerindk  
Karin Andersen · Rolf Möbius

## „Das späte Mädchen“

Eine spritzig heitere Ge-  
schichte um die Liebe eines  
reifen Mädchens zu einem  
eingefleischten Junggesellen.  
Dazu viel schmissige Musik  
u. a. der Weltschläger  
„Pst, pst, hinter Ihnen steht  
einer“. Eine Filmkomödie voll  
Geist u. lachendem Humor!

## Sonderangebot!

Solange der Vorrat reicht!

**BBC-3-Platten-  
Vollherd**  
DM 240.-

oder  
Anzahlung DM 25.80  
14 Raten à DM 16.58

**Elektrohaus  
Gebr. Turck  
HALVER**

Beachten Sie bitte unseren  
Ausstellungsraum Schützen-  
straße - Ecke Frankfurter Str.

## Rinckenbeck

Im eigenen Goldschmiede-  
Atelier fertige ich aparte  
Schmuckstücke nach Ihren  
Wünschen. Kleine Reparaturen  
machen wir Ihnen sogar wäh-  
rend eines Besuches in Dort-  
mund.

Dortmund - Westenhellweg 45

## Bekanntmachung

über die Aenderung der „Allgemeinen Tarifpreise für die  
Versorgung mit elektrischer Energie“

Im Nachtrag zu unserer Bekanntmachung vom 28. 8. 1953 geben  
wir bekannt:

Auf Grund der uns nach Fortfall der Preisermäßigung für die  
zur Erzeugung von Haushaltstrom benötigten Kohlenmengen erteilten  
Ausnahmegenehmigung der Preisbildungsstelle des Landes  
Nordrhein-Westfalen, Geschäftszeichen R 3 b — 3883 — 53, vom  
12. 5. 1953 sowie auf Grund der Verordnung PR Nr. 3/53 werden die  
„Allgemeinen Tarifpreise für die Versorgung mit elektrischer Energie“  
wie folgt geändert:

### Haushaltstarif:

Der Grundpreis beträgt monatlich:

|                                   |         |
|-----------------------------------|---------|
| für 1 Raum . . . . .              | 1,50 DM |
| für 2 Räume . . . . .             | 2,10 DM |
| für 3 Räume . . . . .             | 2,70 DM |
| für 4 Räume . . . . .             | 3,30 DM |
| für 5 Räume . . . . .             | 3,90 DM |
| für jeden weiteren Raum . . . . . | 0,90 DM |

Der Arbeitspreis beträgt 11 Dpf/kWh.

### Landwirtschaftstarif:

Der Grundpreis beträgt monatlich:

|                                    |         |
|------------------------------------|---------|
| für die ersten 3 ha . . . . .      | 4,50 DM |
| für jedes weitere 1/4 ha . . . . . | 0,12 DM |

Der Arbeitspreis beträgt 11 Dpf/kWh.

### Kleinverbrauchstarif:

Der Strompreis setzt sich zusammen aus einem Arbeitspreis, der

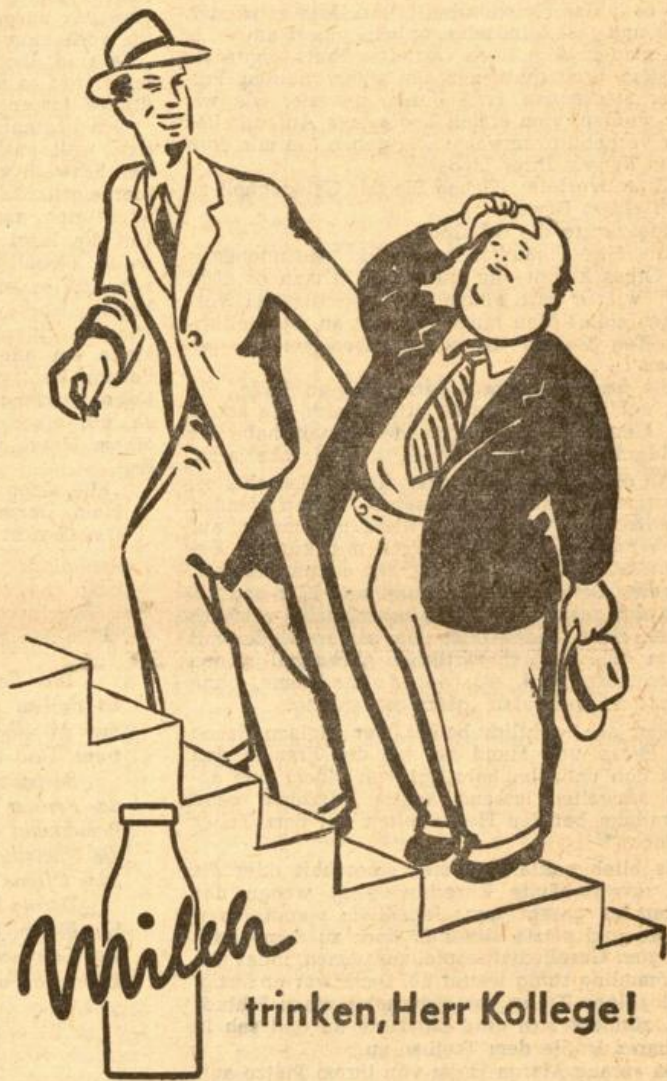
|                                                                                                                        |            |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| für Lichtstrom . . . . .                                                                                               | 38 Dpf/kWh |
| für Kraftstrom . . . . .                                                                                               | 25 Dpf/kWh |
| für Licht- und Kraftstrom, sofern der<br>Kraftstromanteil mindestens 2/3 des Ge-<br>samtverbrauches ausmacht . . . . . | 28 Dpf/kWh |
| für gewerblichen Wärmestrom . . . . .                                                                                  | 11 Dpf/kWh |

beträgt, und einem Grundpreis für jede zur Verwendung kommende  
Meßeinrichtung.

Die vorstehenden Aenderungen der „Allgemeinen Tarifpreise“  
gelten für alle Ablesungen ab 1. Juli 1953. Die übrigen Tarifpreise  
und -bedingungen bleiben unverändert.

Hagen, den 15. Juni 1953.

Kommunales Elektrizitätswerk Mark  
Aktiengesellschaft



Bekannt Euch zur Heimatzeitung



Dies ist der Metzgermeister Rauch.  
Er hat die Schürze überm Bauch,  
die steht nur so von Fett und Blut.  
Frau Rauch meint: Da ist iMi\* gut.

\* iMi — prima für alle Berufswünsche  
und nur 30.8 das Paket